REISEBERICHT

Jürgen Trittin

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
FRAKTIONSVORSITZENDER
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kerstin Müller

MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
SPRECHERIN FÜR AUßENPOLITIK
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Naher Osten in Aufruhr und Stillstand

Besuch in Israel und den Palästinensischen Gebieten März 2012

Jürgen Trittin und Kerstin Müller besuchten vom 13. – 16. März 2012 Israel und die Palästinensischen Autonomiegebiete. Bereits am 11. und 12. März 2012 führte Kerstin Müller Gespräche auf israelischer Seite in Tel Aviv und auf palästinensischer Seite in Ost-Jerusalem. Auf einer öffentlichen Veranstaltung des *Israeli Council on Foreign Relations* und der *Heinrich Böll Stiftung*, die vom ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland, Yoram Ben Zeev, moderiert wurde, sprachen Jürgen Trittin und Kerstin Müller zu dem Thema „Mehr Europa als Antwort auf die finanzielle und politische Krise? – Herausforderungen innerhalb der EU und ihre Auswirkungen auf den Nahen Osten". Ein geplanter Besuch des Gazastreifens konnte wegen der Sicherheitslage nicht realisiert werden.

Fazit

- Der diplomatische Stillstand in den israelisch-palästinensischen Beziehungen spiegelt sich in den vorherrschenden **Einstellungen in beiden Gesellschaften** wider: Sowohl in der israelischen wie der palästinensischen Gesellschaft ist eine Mehrheit zwar für eine Zwei-Staaten-Regelung. Gleichzeitig gibt es aber in beiden Gesellschaften eine Mehrheit, die an diese nicht mehr glaubt.

- Gerade auf israelischer Seite gibt es **keinen Druck in Richtung Veränderung**: Die Umfragewerte für die Regierung, besonders für die Likud-Partei, sind gut, die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit ist gering und ein Druck aus der Gesellschaft auf die Regierung ist nicht vorhanden. Die palästinensische Seite wird bislang durch die **Spaltung zwischen Fatah und Hamas** und zwischen Gazastreifen und Westbank blockiert.

- Die **sozialen Massenproteste** gegen die soziale Spaltung in der israelischen Gesellschaft haben bisher keine nachhaltigen Folgen

BÜRO BERLIN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☏ +49 30 227-72247
🖷 +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE
WWW.TRITTIN.DE

5. APRIL 2012

gehabt und die Regierungsfähigkeit des Likud nicht in Frage gestellt.

- Während der israelisch-palästinensische Friedensprozess blockiert ist, vollziehen sich **in der Region massive Veränderungen**. Sowohl der **Umsturz in Ägypten** wie der **Bürgerkrieg in Syrien** haben etwa die Verhältnisse innerhalb von Hamas erheblich durcheinandergebracht. Von offizieller israelischer Seite wird bestritten, dass sich daraus irgendwelche positiven Ansatzpunkte ergeben könnten.

- Um die diplomatische Blockade zu überwinden, müsste die israelische Seite, wie von ihr zugesagt, **konkrete Vorschläge** zu ihren Vorstellungen von **Sicherheit und Grenzen** präsentieren. Die Vorab-Anerkennung Israels als jüdischer Staat durch die Palästinenser zur Bedingung von Verhandlungen zu machen, ist unrealistisch, weil dadurch die Flüchtlingsfrage vor die Klammer gezogen wird.

- Der **diplomatische Stillstand** in den israelisch-palästinensischen Beziehungen bedeutet **keinen Stillstand der realen Entwicklung**. In der Realität der Westbank und in Ost-Jerusalem vollziehen sich durch den fortgesetzten Siedlungsbau Prozesse, die die Realisierung einer Zwei-Staaten-Regelung zunehmend verunmöglichen. Vor allem auf palästinensischer Seite trifft man so auf Gesprächspartner und -partnerinnen, für die die Zwei-Staaten-Regelung nur noch auf internationaler diplomatische Ebene erkennbar ist, aber nicht mehr in der Lage vor Ort.

- Die **Politik der israelischen Regierung** – gerade in den unter israelischer Kontrolle stehenden sogenannten C-Gebieten (62% des Territoriums) in der Westbank - lässt keinerlei Bereitschaft erkennen, der palästinensischen Gesellschaft Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum den mit deutschen Geldern errichteten Anlagen alternativer Energieversorgung für palästinensische Ortschaften in den Bergen Süd-Hebrons der Abriss droht, während in der Nähe befindliche Außenposten, die selbst nach israelischem Gesetz illegal sind, selbstverständlich an das Stromnetz angeschlossen werden.

- Gerade in der palästinensichen Gesellschaft, insbesondere unter den jüngeren Aktivisten, mündet die Abkehr von einer Zweit-Staaten-Lösung mehr und mehr in organisierten, **gewaltfreien Masseprotesten**. Explizit beziehen sich diese Aktivisten auf das Vorbild des gewaltfreien Kampfes des südafrikanischen ANC gegen das damalige Apartheid-Regime.

- Die **Fülle der Gesetzentwürfe im israelischen Parlament**, die sich gegen die Arbeit regierungskritischer Nichtregierungsorganisationen sowie gegen die arabische Bevölkerung Israels richten, ist besorgniserregend. Die Betroffenen klagen darüber, dass sie vor allem mit der Abwehr dieser demokratieschädigenden Initiativen beschäftigt

sind, als damit, an ihren Themen zu arbeiten bzw. für ihre Rechte einzutreten.

- Im Blick auf den **Umgang mit dem Iran** widersprach niemand den Einschätzungen, dass der Iran die **Entscheidung zum Bau einer Atomwaffe** noch **nicht getroffen** habe und dass ein Militärschlag gegen den Iran die Entwicklung einer Atombombe bestenfalls lediglich verzögern, nicht aber beenden könne. Deutlich wurde aber, dass Israel nicht primär die Sorge um einen Erstschlag aus dem Iran umtreibt, sondern dass es sich sein Monopol auf eine nukleare Zweitschlagsfähigkeit in der Region nicht strittig machen lassen will – und sich so seine eigene Präemptivfähigkeit sichert.

Der israelisch-palästinensische Konflikt und die Entwicklungen innerhalb der Region

Amos Gilad, höherer Beamter aus dem israelischen Verteidigungsministerium, äußerte sich ausgesprochen besorgt über die Wahlergebnisse in Ägypten und die Zusammensetzung des ägyptischen Parlamentes. Die Stabilität in den israelisch-ägyptischen Beziehungen sah er nur für die Amtszeit des Vorsitzenden des Militärrates, Marschall Tantawi, sichergestellt. Die Moslembruderschaft gebe sich im Moment noch relativ moderat, u.a. wegen der Ängste hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung. Das werde sich aber nach den Präsidentschaftswahlen in Ägypten ändern. Sie würden jede Krise ausnutzen, um die Beziehungen zu verschlechtern. Die Moslembruderschaft erkenne Israel nicht an und treffe sich nicht mit Israelis. Sie werde den Friedensvertrag nicht ändern, aber unterminieren. Man arbeite hier nicht mit „wenn und aber“, man sei hier nicht in Europa.

Die Entwicklung in Syrien machte ihm vergleichsweise weniger Sorgen. Er ging im Gegensatz zu öffentlichen Äußerungen von Verteidigungsminister Ehud Barak nicht davon aus, dass das Regime Assad schnell stürzen werde. Die syrische Armee sei bisher nicht gespalten, die Alawiten hätten keine Alternative und eine Intervention von außen sehe er nicht. Es gebe eine gewisse Besorgnis wegen der chemischen Waffen Syriens, man sei sich aber sicher, dass die syrische Regierung keine Absicht habe, diese gegen Israel einzusetzen.

Zur aktuellen Krise in Gaza rechtfertigte Gilad die gezielte Tötung von zwei Mitgliedern der „Popular Resistance Committees“. Diese hätten einen großen Terroranschlag vorbereitet. Im Sinai, das sich zunehmend zu einem Niemandsland entwickle, könne Israel nicht agieren. Abwarten habe man auch nicht können. Seine negative Bewertung des ägyptischen Parlamentes sah Gilad dadurch bestätigt, dass dieses die Ausweisung des israelischen Botschafters gefordert habe.

Im Blick auf Hamas sah er keine Änderungsprozesse. Hamas werde weiter vom Iran unterstützt, strebe die Übernahme der PLO an, um sich danach mit

den Moslembrüdern in Ägypten und Jordanien zu vereinigen. Die Spannungen innerhalb von Hamas infolge der Krise in Syrien seien nichts mehr als Spannungen, von einem wirklichen Machtkampf könne keine Rede sein. Eine Versöhnung zwischen Fatah und Hamas sei für Israel inakzeptabel. Hamas werde die durchaus erfolgreiche Sicherheitskooperation nicht fortsetzen, sie wollten die Westbank übernehmen und dann würden wieder Busse in die Luft gesprengt werden.

Zum Thema Iran sagte Gilad, der Iran sei entschlossen, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen, habe aber noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Zum ersten Mal sei der Iran jetzt wegen der Sanktionen besorgt. Er glaube allerdings nicht, dass die Sanktionen Erfolg haben würden – in zwei, drei oder vier Monaten werde man das wissen. Wenn die USA und die EU sich in der Sanktionsfrage einig seien, sehe Iran allerdings schlecht aus. Der Iran habe keine Absicht, wirklich zu verhandeln, er wolle nur Zeit schinden. Die Reaktion auf eine mögliche Militärintervention Israels werde von deren Erfolg abhängen. Wenn man nur mit „worst case scenarios“ argumentiere, brauche man keine Einschätzungen. Hamas und Hizbollah würden Israel immer drohen und die Zeitungen würden Israel zu Tode ängstigen. Wenn man aber die Wahl habe, heute umgebracht zu werden oder am folgenden Tag dreifach umgebracht zu werden, dann sei es besser, heute zu sterben.

Angesichts der aktuellen Krise und der Raketen, die aus dem Gazastreifen auf Israel abgeschossen werden, wies der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Geheimdienste und Atomenergie, **Dan Meridor,** auf die Ambivalenz des „Iron Dome“ Abwehrsystems hin. Einerseits habe dieses System erfolgreich viele der anfliegenden Raketen zerstört. Für viele Israelis sei dies jedoch noch schwer verständlich, da sie gewohnt seien, dass mit Angriffen offensiv umgegangen werde.

Im Blick auf die Veränderungen in der arabischen Welt sprach Meridor von dem Problem der Rückkehr Gottes in die Politik. Das sei schon bei den Wahlen in den Palästinensischen Gebieten 2006 das Problem gewesen. Während Politik kompromissfähig sei, sei das bei Religion nicht der Fall.

Nachdem beim israelisch-palästinensischen Konflikt sowohl das Konzept, keine Gebiete zurückzugeben, wie auch das Konzept, Frieden für die Rückgabe von Gebieten zu bekommen, gescheitert seien, hätten viele keine klare Vorstellung mehr davon, was zu tun ist. Die Bereitschaft, Risiken einzugehen, sei gering. Es gebe keinen Kampf der Ideen, keine ideologische, keine politische Debatte mehr. Doch alle Lösungsvorschläge jenseits der Zwei-Staaten-Struktur seien schlechter. Israel solle aufhören, jenseits der Sperranlage zu bauen, solle den Palästinensern mehr Handlungsmöglichkeiten zugestehen und ihnen Raum für ihren Staat lassen. Vielleicht seien gegenseitig koordinierte einseitige Schritte eine Möglichkeit, um voranzukommen.

Meridor betonte, der Siedlungsbau schreite unter der Netanyahu-Regierung langsamer voran, als unter der Vorgängerregierung von Ehud Olmert. Er brachte auch die Idee ins Spiel, dass Juden im palästinensischen Staat leben.

Zu sagen, Juden könnten dort nicht leben, sei rassistisch. Seine Befürchtung ist, dass die palästinensische Seite nicht bereit sei, über ein erklärtes Ende des Konfliktes nachzudenken.

Mit Blick auf die Veränderungen in der arabischen Welt meinte Meridor, Hamas habe vielleicht Syrien verloren, dafür aber Ägypten gewonnen. Der Umgang mit Gaddafi sei ein Fehler gewesen. Dieser habe auf Atomwaffen verzichtet und sich am Ende sicher gefragt, warum er das getan habe. Ahmadineschad werde sich dies genau ansehen.

Hinsichtlich Iran betonte er die Wichtigkeit der Sanktionen und die Notwendigkeit, Russland an Bord zu bekommen.

Die unnachgiebige Haltung der israelischen Regierung wurde auch in einem ca. 30-minütigen Gespräch mit Ministerpräsident **Benjamin Netanyahu** deutlich, das am 14.03.2012 in dessen Büro stattfand. Zu erleben war ein selbstsicherer Premierminister, der sich nicht nur äußerst positiver Umfragewerte erfreuen kann, sondern der auch eine Regierung führt, die so stabil ist wie kaum eine israelische Regierung zuvor. Netanyahu betonte zwar seine prinzipielle Bereitschaft zu Gesprächen mit der palästinensischen Seite ohne Vorbedingungen, verwies gleichzeitig aber darauf, dass Israel nicht bereit sei, palästinensische Vorbedingungen zu erfüllen. Er erläuterte, dass Israel in einer demokratiefernen Nachbarschaft die demokratischen Werte und Traditionen des Abendlandes verteidige. Die arabische Welt sei weitgehend unberührt geblieben von den aufklärerischen und demokratietheoretischen Ideen etwa eines John Locke, Rousseau oder Montesquieu. Araber seien bis heute Anhänger wechselnder Erscheinungsformen autoritärer Herrschaften und Ideologien: nach dem traditionellen Stammesregiment sei es der religiös-orthodoxe Fanatismus des Dschihad gewesen, auf den nun das folge, was „Arabellion“ genannt werde. Der Konflikt mit dem Iran und diesbezügliche Absichten Israels kamen nicht zur Sprache.

Der palästinensische Ministerpräsident **Salam Fayyad** beschrieb die Lage als ausgesprochen kompliziert. Neben den finanziellen Problemen der Palästinensischen Autonomiebehörde sei der politische Prozess nicht dazu angetan, Vertrauen zu schaffen. Die israelische Armee gehe gegen gewaltfreie Proteste vor, die Siedler agierten gewalttätig gegen Palästinenser, die Westbank befinde sich fest im Griff der israelischen Besatzung, von Jerusalem gar nicht zu sprechen. Den Palästinensern sei es bislang nicht gelungen, die Einheit wiederherzustellen, der Gazastreifen kämpfe mit seinen eigenen Problemen. Gleichzeitig werde die Region vom Arabischen Frühling dominiert. Die Unzufriedenheit in der palästinensischen Bevölkerung sei überall greifbar.

In der Westbank gebe es aber auch substantielle Fortschritte: die Armut sei zurückgegangen und das Einkommen sei gestiegen. Von Israel forderte Fayyad das Ende aller Versuche, mit schwierigen und langwierigen Genehmigungsverfahren die sogenannten C-Gebiete in der Westbank zu kontrollieren. Fayyad sah wenig Chancen auf baldige Neuwahlen, betonte aber, die öffentliche Meinung müsse im Hinblick auf Wahlen mobilisiert werden.

Ausdrücklich positiv bezog sich Fayyad auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum Nahen Osten vom Dezember 2009 und Dezember 2010.

Auch im Gespräch mit Abgeordneten des Palästinensischen Legislativrates ging es um den gewaltfreien Widerstand. **Qais Abd al-Karim** von der DFLP sprach von einem Palästinensischen Frühling, der sich nicht kontrollieren lasse. Ohne entsprechenden Druck der USA und der EU auf Israel könne das zu einem Flächenbrand wie in den arabischen Staaten werden. **Mustafa Barhouti** sprach von der Ernüchterung bei jungen Palästinensern. Außerdem sagte er, man werde Deutschland vergeben, dass es Israel nicht boykottiere, aber es solle andererseits Israel auch keine U-Boote liefern. Deutschland solle von Israel wie von der palästinensischen Seite verlangen, ihre Grenze zu definieren. **Bassam al-Salhi** von der Palestinian People's Party sagte, er sehe keine ernsthafte Anstrengung der internationalen Gemeinschaft, die Zwei-Staaten-Regelung zu retten und der israelischen Politik, den Gazastreifen von der Westbank zu trennen, etwas entgegenzusetzen. **Nabil Shaath** von der Fatah betonte, man verstehe die deutschen Einschränkungen, aber es gebe Dinge, die es tun könnte, ohne gegen die Einschränkungen zu verstoßen. Israel dürfe für seine Politik nicht belohnt werden. Je mehr Israel nach Kooperation mit der EU verlange, desto mehr müsse es die entsprechenden Regeln befolgen.

Entwicklungen in Israel

Nitzan Horowitz, Knesset-Abgeordneter der Meretz-Partei, beschreibt die derzeitige Regierungskoalition als eine klassisch konservative Koalition: nationalistisch, kapitalistisch, religiös. Das Parlament sei sehr fragmentiert und derzeit sei keine Alternative zu Netanyahu sichtbar. Die größte innenpolitische Herausforderung sieht er in der Rolle der Ultra-Orthodoxen und vor allem im Erziehungsbereich, da bereits ein Drittel der Schüler in religiösen Schulen unterrichtet würden. Es gebe aber eine starke Zivilgesellschaft, die sowohl im Kampf gegen den Einfluss der Ultra-Orthodoxen wie auch in der Abwehr antidemokratischer Gesetzgebungsvorhaben Erfolge zu verzeichnen habe. Neben einer zunehmenden Trennung von Staat und Religion sieht er eine Veränderung der Wirtschaftspolitik sowie Friedensverhandlungen als größte politische Herausforderungen.

Ähnliche Akzente setzte **Dov Khenin** von Hadash. Er betonte allerdings als Unterschied zu Meretz, Hadash sei die einzige jüdisch-arabische Partei Israels, die einzige Friedenspartei, die etwa auch von Anfang an gegen den Libanon-Krieg 2006 und den Gaza-Krieg 2008/2009 gewesen sei und die einzige sozialistische Partei. Er verwies außerdem auf die Erfolge der Liste „Ir Lekulanu" bei den Kommunalwahlen in Tel Aviv sowie auf die Sozialproteste im Sommer 2011, um die Mobilisierungspotentiale aufzuzeigen, die es trotz des Trends zur Entpolitisierung innerhalb der israelischen Gesellschaft gebe. Hinsichtlich des Zusammenlebens von jüdischer Mehrheit und palästinensischer Minderheit in Israel meinte er, Juden und Araber würden in Israel zwar im gleichen Staat, aber auf verschiedenen Planeten leben. Die jüdische Mehrheit habe die Mentalität einer Minderheit. Unter vielen palästinensischen Israelis wachse

die Verzweiflung. Das führe zum Teil dazu, dass sie den Kampf um den Charakter des Staates aufgäben und dann islamistische oder nationalistische Projekte unterstützen würden. Khenin sagte, er habe in seiner fünfjährigen Tätigkeit in der Knesset 50 Gesetzentwürfe eingebracht. Dass so viele Aspekte des Diskurses in Israel durch Sicherheitsfragen geprägt seien, habe es ermöglicht, dass das von ihm eingebrachte Gesetz, das mit der deutsche „TA Luft“ vergleichbar sei, mehrheitlich verabschiedet wurde.

Im Gespräch mit Kerstin Müller erläuterten sechs VertreterInnen israelischer Nichtregierungsorganisationen ihren Abwehrkampf gegen eine Fülle antidemokratischer Gesetzentwürfe im Parlament. **Libby Lenkinski** von der „Association for Civil Rights in Israel“ sagte, das Ziel der Gesetzentwürfe sei, den öffentlichen Raum für die Zivilgesellschaft sowie für die arabische Minderheit einzuschränken. Auch wenn die Gesetzentwürfe nur in einer abgeschwächten Form durch das Parlament kämen, würden sie eine Botschaft senden. Die Botschaft an die arabische Minderheit sei, dass sie nicht Teil der israelischen Gesellschaft sei. Die betroffenen Organisationen seien inzwischen mehr mit dem Abwehrkampf gegen diese Gesetzentwürfe, als mit ihrer eigentlichen Arbeit beschäftigt. **Eilon Schwartz** von dem neu gegründeten Think Tank „Shaharit“ beklagte den Verlust der politischen Mitte. **Noam Sheizaf** von dem elektronischen Magazin „+972“ sprach von einer Eskalationsform, die von der Marginalisierung über die Delegitimierung bis hin zum Verbot verlaufe. Er berichtete von der Kritik an dem Magazin und einer finanziellen Unterstützung durch die Heinrich Böll Stiftung. **Jafar Farah** von der Organisation „Mossawa - Center, The Advocacy Center for Arab Citizens in Israel“ sprach vom Rassismus gegen die palästinensische Minderheit in Israel wie auch gegen aus Äthiopien stammende Juden und gegen Flüchtlinge. Er äußerte die Befürchtung, dass die arabische Bevölkerung in Israel sich ganz von der parlamentarischen Ebene zurückziehen könnte. **Naomi Chazan**, Präsidentin des „New Israel Fund“, betonte, man könne sich angesichts der Entwicklung nicht zurücklehnen und meinen, das Ganze werde sich schon selbst korrigieren, wenn der politische Gegner dabei sei, die Spielregeln selbst aufzulösen. Die Sozialproteste im Sommer 2011 hätten ein erneutes Engagement im nichtformellen Bereich gezeigt, es käme nun darauf an, dies auch auf parteipolitischer Ebene umzusetzen.

Während eines Abendessens mit israelischen Akademikern und Journalisten diskutierte Kerstin Müller neben den israelisch-palästinensischen Beziehungen vor allem das Nuklearprogramm des Iran und die Lage in Syrien.

Entwicklungen in den Palästinensischen Autonomiegebieten

Junge gewaltfreie Aktivisten erklärten, dass sich ihre Herangehensweise von derjenigen der Fayyad-Regierung unterscheide. Sie würden durch Widerstand und zivilen Ungehorsam die Besatzung bekämpfen, während die Palästinensische Autonomiebehörde ihre Aktivitäten einschränke. Die PLO und die Palästinensische Autonomiebehörde würden vor allem von den jüngeren PalästinenserInnen nicht mehr als legitim angesehen, wobei 65% der palästi-

nensischen Bevölkerung unter 30 Jahre alt seien. 40-50% der Gelder der PA gingen in die Sicherheit. Stattdessen müsse viel mehr Geld in Erziehung investiert werden. Eine Lösung entlang einer ethnischen Trennung sei in 20 Jahren nicht erreicht worden, es gehe jetzt darum, die fortgesetzte Dominanz Israels über die Palästinenser zu beenden. Der von ihnen unterstützte Volkswiderstand habe im Jahr 2004 in vier Dörfern begonnen und werde heute an 36 Orten in der Westbank praktiziert. Man gehe dabei mit Methoden vor, die früher unbekannt gewesen seien. So gebe es eine Aktion, bei der man die Mitnahme in Bussen verlange, die israelischen Siedlern vorbehalten seien. Es gehe darum, die Besatzung zu stören und deren Kosten zu erhöhen. Viele der Demonstrationen würden von Frauen angeführt. Sie unterstützten die BDS (Boycott, Divestment, Sanctions) Bewegung, um Druck auf Israel auszuüben. Sie fühlten sich den Jugendlichen in den arabischen Staaten, aber auch in Brasilien, China und Indien verbunden und der Zeithorizont, in dem sie denken, umfasse die nächsten 10-15 Jahre.

Zum Ende der Reise besuchte die Delegation in Begleitung von **Tzafrir Cohen** von Medico International, der sich gerade in Ramallah aufhielt, den Ort **Shaab el Butum** in den Bergen südlich von Hebron. Dieser Ort ist eine von bislang 16 Gemeinden, in denen die von zwei israelischen Physikern gegründete Organisation Comet-ME in enger Zusammenarbeit mit den EinwohnerInnen ein Hybrid-System aus Windrädern und Sonnenkollektoren zur Stromversorgung installiert hat. Organisiert wurde das Projekt von der Organisation Medico International mit Geldern des Auswärtigen Amtes. Die in diesen Gemeinden lebenden Palästinenser und Palästinenserinnen zählen zu den Ärmsten in der Westbank. Sie leben – in einfachen Behausungen und zum Teil in Höhlen – von der Schafzucht. Der Ort Shaab el Butum liegt zwischen zwei israelischen sogenannten Außenposten, aber es fehlt ihm an der Grundversorgung, über die die Außenposten verfügen: Elektrizität, Wasser und Straßen. Die mit dem installierten System produzierte Strommenge reicht zwar nicht für eine Heizung, hat aber das Leben der Bewohner und vor allem das der Bewohnerinnen grundlegend verändert: Kinder können abends Hausaufgaben machen, Frauen müssen die Butter nicht mehr in Handarbeit herstellen und können den produzierten Schafskäse kühlen. Sie brauchen nicht mehr lange Wege in entfernte Ortschaften auf sich zu nehmen, um ein Mobiltelefon aufzuladen und man kann gemeinsam fernsehen. Doch die Errungenschaften sind gefährdet: die israelische Zivilverwaltung, ein Teil des israelischen Militärs, hat jegliche weitere Arbeit an der Anlage verboten und droht mit ihrer Zerstörung. Der Grund: eine fehlende Genehmigung. Eine Genehmigung hätte es aber erfahrungsgemäß ohnehin nicht gegeben, den Shaab el Butum liegt im sogenannten C-Gebiet, also den insgesamt 60% der Westbank, in dem Israel nach den Regeln der Oslo-Vereinbarungen für die Verwaltung und für die Sicherheit zuständig ist. **Elad Orian**, einer der beiden Gründer von Comet-ME, sieht das Vorgehen der israelischen Behörden als ein Signal an die EU, sich nicht in die C-Gebiete mit Investitionen einzumischen. Das Projekt und die Drohung seiner Zerstörung hat bereits vielfältige internationale Aufmerksamkeit bekommen. Allerdings hat das israelische Vorgehen auch bewirkt, dass ähnliche Projekte,

die in vielen anderen Ortschaften der Region geplant waren, einstweilen nicht umgesetzt werden können.

Bei einem Besuch im „Al Hilweh Communication Center“ in Ost-Jerusalem und im Gespräch mit dem Leiter **Jawad Siyam** konnte sich Kerstin Müller ein Bild von dem zunehmenden Eindringen jüdischer Siedler (jetzt ca. 350) in den von 55.000 Palästinensern bewohnten Stadtteil Jerusalems machen. Eine von Siedlern organisierte Organisation organisiert dort Ausgrabungen mit dem Ziel, den jüdisch-israelischen Anspruch auf das Gebiet zu unterstreichen. Touristen und jüdische Gruppen würden an die Ausstellungsorte der „Davidstadt“ geführt und mit jüdischer Geschichte vertraut gemacht, ohne auch nur irgendetwas über den heutigen palästinensischen Kontext zu erfahren.

Auch im **Gespräch mit gewaltfreien palästinensischen Aktivisten und Aktivistinnen in Ost-Jerusalem** wurde die ambivalente bis ablehnende Haltung gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) bzw. den etablierten palästinensischen Organisationen deutlich. Der PA wurde vorgeworfen, den gewaltfreien Widerstand kanalisieren und für die israelische Seite übersichtlich halten zu wollen. Das Konzept der Zwei-Staaten-Regelung wurde als nur noch für virtuelle Verhandlungen, aber nicht mehr für die Lage vor Ort relevant eingeschätzt. Provozierend wurde gefordert, die EU solle ihre Hilfe für die PA einstellen, anstatt auf diese Art und Weise indirekt die israelische Besatzung mitzufinanzieren. Der Journalist Joseph Dana äußerte die Befürchtung, dass womöglich in einer palästinensischen politischen Szene nach Mahmoud Abbas der frühere Sicherheitschef von Gaza, Mohammed Dahlan, wieder eine wichtige Rolle spielen könnte.

Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner

- Peter Prügel, Gesandter der Deutschen Botschaft Tel Aviv
- Götz Lingenthal, Leiter des Deutschen Vertretungsbüros, Ramallah
- Benjamin Netanyahu, Ministerpräsident des Staates Israel
- Dan Meridor, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Geheimdienste und Atomenergie
- Amos Gilad, Berater im Verteidigungsministerium
- Yoram Ben-Zeev, ehemaliger israelischer Botschafter in Deutschland
- Salam Fayyad, Ministerpräsident der Palästinensischen Autonomiebehörde
- Nizan Horowitz, Mitglied der Knesset (Meretz)
- Dov Khenin, Mitglied der Knesset (Hadash)
- Nabil Shaath, Mitglied des Palästinensischen Legislativrates (Fatah)
- Dr. Mustafa Barghouti, Mitglied des Palästinensischen Legislativrates (Palestinian National Initiative)

- Bassam al-Salhi, Mitglied des Palästinensischen Legislativrates (Palestinian People's Party)
- Qais Abd al-Karim (Abu Laila) , Mitglied des Palästinensischen Legislativrates (Democratic Front for the Liberation of Palestine – DFLP)
- Khalida Jarrar, Mitglied des Palästinensischen Legislativrates (Popular Front for the Liberation of Palestine – PFLP)
- Gewaltfreie Aktivisten aus Ramallah (Bassel Araj, Fadi Quran)
- Palästinensisches Sonnenergieprogramm in den Bergen südlich von Hebron (Tsafrir Cohen, Medico International; Elad Orian, Comet-ME)
- Jawad Siyam (Wadi Hilweh Information Center, Silwan, Jerusalem)
- Gewaltfreie Aktivisten in Ost-Jerusalem (Rula Salamah, Amany Khalaf, Joseph Dana, Sahar Vardi)
- Israelische NGOs:
    - Naomi Chazan (New Israel Fund)
    - Libby Lenkinski (Association for Civil Rights in Israel, ACRI)
    - Jafar Farrah (Mossawa)
    - Noam Sheizaf (972 Magazine)
    - Lisa Richlein (Dirasat)
    - Eilon Schwartz (Shaharit)
- Israelische Akademiker und Journalisten
    - Prof. Galia Golan, Prof. Dan Jacobson, Akiva Eldar (Haaretz)